

BNN-Stellungnahme:

Das dritte Entlastungspaket greift zu kurz: KMU in der ökologischen Lebensmittelwirtschaft stärker schützen!

Berlin, 08.09.22: Stellungnahme des Bundesverband Naturkost Naturwaren (BNN) e.V. anlässlich des 3. Entlastungspaketes der Bundesregierung im Rahmen der Energiekrise:

Mit dem dritten Entlastungspaket hat die Ampel-Koalition einen Maßnahmenkatalog vorgelegt, der Bürger*innen und Unternehmen entlasten soll. Das ist ein wichtiger Schritt angesichts der enorm steigenden Energiepreise. Doch nach Ansicht des Bundesverbandes Naturkost Naturwaren e.V. (BNN) greifen die Maßnahmen insbesondere für kleinere und mittlere Bio-Herstelungs- und Handelsunternehmen (KMU) deutlich zu kurz.

Die dramatisch steigenden Energiepreise belasten Unternehmen in bisher noch nie gekannten Ausmaßen. Selbst gesunde mittelständische und regional verwurzelte Bio-Unternehmen können in existenzielle Bedrängnis kommen. Daher braucht es jetzt schnelle Hilfe: Denn die vereinbarten Maßnahmen des dritten Entlastungspaketes dürften vor allem KMU kurzfristig nicht helfen.

Die beschlossenen Entlastungen für Verbraucher*innen sind der richtige Weg, um soziale Härten abzufangen und den privaten Konsum zu stabilisieren. Das stützt auch die Unternehmen des Biofachhandels. Allerdings sind die Maßnahmen für Unternehmen insgesamt zu ungenau und könnten womöglich erst mittelfristig wirken – mit schwerwiegenden Folgen. Was es jetzt braucht, sind schnelle Hilfen, die unmittelbar wirken, bevor es vor allem für kleinere und mittlere Unternehmen zu spät ist. Eine Strompreisbremse, die erst in vielen Monaten oder sogar erst in einem Jahr reibungslos umsetzbar ist, hilft aktuell keinem Unternehmen in einer akuten Notlage.

Vor allem ökologisch wirtschaftende KMU brauchen Unterstützung, denn sie sind der „Maschinenraum“ der ökologischen Transformation unserer Lebensmittelwirtschaft und Ernährung. Bio-Hersteller- und Bio-Handelsunternehmen tragen seit Jahren dazu bei, mit klimafreundlichen und ökologisch wertvollen Produkten einen nachhaltigeren Konsumwandel zu ermöglichen. Und sie treiben die Energiewende voran: Sie investieren seit Jahrzehnten in erneuerbare Energien und Energieeffizienz in Geschäftsräumen und Logistik.

Vom Ökolandbau bis in den Biofachhandel: Die nachhaltige Land- und Lebensmittelwirtschaft stärkt regionale und überregionale Wertschöpfung, erwirtschaftet mit ihren rund 54.500 Bio-Betrieben rund 15,87 Milliarden Euro und sichert Arbeitsplätze. Um das Ziel von 30 Prozent

Ökolandbau und für mehr Bio über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg zu erreichen, braucht es diese KMU.

Deshalb braucht es:

Unbürokratische Hilfsprogramme wie während der Corona-Pandemie:

Die Regierung sollte „Überbrückungshilfen“ für KMU bereitstellen, deren wirtschaftliche Existenz durch die Energiekrise akut gefährdet ist. Der Werkzeugkoffer wurde bereits in den Hochzeiten der Corona-Pandemie erfolgreich erprobt – etwa das Aussetzen der Insolvenzantragspflicht.

Energieentlastungsprogramme dürfen nicht nur für energieintensive Unternehmen gelten – nachhaltige KMU mitdenken:

Einige Bio-Unternehmen, die in regionalen Wertschöpfungsketten handeln und produzieren, profitieren gegenwärtig nicht vom KfW-Sonderprogramm, weil die direkten Handelsbeziehungen zu Russland, der Ukraine und Belarus fehlen. Allerdings bietet das KfW-Programm auch Hilfen für Unternehmen, deren Energiekosten im Jahr 2021 mindestens 3 Prozent des Umsatzes ausmachten. Vor allem Einzel- und Großhandelsunternehmen liegen oft unter dieser Schwelle. Deshalb sollte hier die Schwelle abgesenkt und der Adressatenkreis erweitert werden.

Energiekostenentlastungsprogramme dürfen nicht dazu führen, dass vor allem Unternehmen profitieren, die aufgrund fehlender Investitionen in Energieeffizienz sowie erneuerbare Energien hohe Energieverbräuche und damit einhergehend hohe Kosten verbuchen. Denn nicht nur energieintensive Unternehmen der Industrie leiden unter hohen Energiepreisen und folglich einer energiepreisgetriebenen Inflation, die sich bereits auf vorgelagerte Wertschöpfungsstufen auswirkt.

Betroffen sind ebenso Hersteller- und Handelsunternehmen, die zwar – gemessen am Umsatz – niedrigere Energiekosten als andere Unternehmen und Branchen verzeichnen, aber dennoch durch Preissteigerungen immer stärker unter Druck geraten können.

Insbesondere Unternehmen, die bereits seit Jahren durch Investitionen in Klimaschutz und nachhaltige Energielösungen (Energiesparmaßnahmen) einen erheblichen Beitrag zur Energiewende leisten, dürfen nicht benachteiligt werden. Ihre möglicherweise geringeren Energiekosten sind Ergebnis eines vorausschauenden Handels und unternehmerischer Verantwortung mit Blick auf die Klimakrise:

Nachhaltiges Unternehmensmanagement gehört zur DNA von Bio-Unternehmen von der Erzeugung bis in den Bioladen. Viele KMU haben in den vergangenen Jahren in den Ausbau von Photovoltaik, autarke Wärmeversorgung, Elektromobilität vorangetrieben und konsequent auf Ökostrom gesetzt. Diese Nachhaltigkeitsleistungen müssen politisch honoriert werden und dürfen keinesfalls ein Nachteil für eventuelle staatliche Förderungsprogramme bei der Bekämpfung der Energiekrise sein.

Stellungnahme vom 08.09.2022



Maßnahmen, die die Energiewende unterstützen, Klimaschutz fördern und die Unabhängigkeit von Energieimporten aus dem Ausland minimieren:

Bund, Länder und Kommunen sollten alles dafür tun, um bürokratische und finanzielle Hürden für Unternehmen abzubauen, die die Energiewende selbst in die Hand nehmen. Es braucht außerdem mehr Anreize und konkrete Investitionsförderung für Unternehmen, die mithilfe erneuerbarer Energien auf Eigenversorgung setzen oder setzen wollen. Die Politik muss nachhaltiges Handeln stärker fördern!

Über den BNN:

Der Bundesverband Naturkost Naturwaren e.V. vertritt die Unternehmen der Naturkost- und Naturwarenbranche. Der Verband verabschiedet besondere Qualitätsrichtlinien für den Naturkost-Fachhandel, die über die gesetzlichen Anforderungen für Bio-Produkte hinausgehen. Die BNN-Mitgliedsunternehmen beschäftigen insgesamt rund 18.000 Mitarbeiter*innen, darunter über 1.000 Auszubildende. Der deutsche Naturkostgroßhandel erzielte 2021 einen Umsatz von gut 2,34 Milliarden Euro. Für den Naturkost-Facheinzelhandel in Deutschland lässt sich daraus ein Umsatzvolumen von 4,21 Milliarden Euro mit Bio-Lebensmitteln und Naturwaren hochrechnen.

Kontakt für die Medien:

Bundesverband Naturkost Naturwaren (BNN) e.V.
Hans F. Kaufmann
Leiter Kommunikation
Tel. 030/8471224-51 | Mobil 0160/923 378 11 | kaufmann@n-bnn.de